

Der Krieg und die Folgen

Die USA und ihre britischen Verbündeten haben am 20. März einen „Präventivkrieg“ gegen den Irak begonnen, dessen Folgen unabsehbar sind. Alle Proteste dieser Welt haben die Aggressoren nicht vom Einsatz kriegerischer Gewalt abhalten können. Viele tausend unschuldige Menschen sind vom militärischen Vernichtungswahn und imperialen Hochmut, von Cluster-Bomben und Uran-Munition vorsätzlich ermordet, zerfetzt oder für ein Leben lang gezeichnet worden. Von Anfang an war klar, dass nichts die Tötungsmaschinerie der überlegenen Invasoren aufhalten konnte.

Der Bruch des Völkerrechts ist ein menschenverachtendes Verbrechen und durch nichts zu rechtfertigen. Die USA haben sich mit ihrem Angriffskrieg gegen die fundamentalen Normen des Rechts und der politischen Ethik, gegen die Prinzipien einer zivilisierten Gesellschaft, gegen die UN-Charta und gegen die Menschenrechtskonvention gestellt. Die Generalversammlung der UNO muss deshalb die Völkerrechtswidrigkeit dieses Krieges unverzüglich verurteilen!

Offiziell beteiligte sich unser Land nicht an diesem Angriffskrieg. Trotz vieler medienwirksamer Auftritte von Kanzler Schröder war die Politik der deutschen Regierung aber nicht überzeugend und glaubwürdig. Es gab Unterstützung für die Kriegstreiber. Den USA wurde die Nutzung ihrer deutschen Militärbasen und des Luftraumes erlaubt und deutsche Soldaten wurden nicht aus den AWACS-Flugzeugen abgezogen. Das hatte mit einer Bindung an NATO-Beschlüsse nichts, aber auch gar nichts zu tun. Verpflichtungen aus der UN-Charta besitzen gegenüber denen aus dem NATO-Vertrag eindeutig Priorität. Es gab auch keine humanitäre Intervention der Bundesregierung gegen den Einsatz verbotener Waffen. Der Irak-Krieg wurde nicht als völkerrechtswidriger Angriffskrieg verurteilt, weil die Bundesregierung die notwendigen Konsequenzen nicht ziehen wollte.

Der Krieg hat den Menschen in der arabischen Welt keinen Frieden, keine Freiheit von Not und Elend gebracht. Der „Befreiung“ folgten Plünderungen, Chaos und blutige Rivalitätskämpfe um die künftige Macht. Die Zukunft ist unsicher. Die USA wollen die Herrschaft im Irak organisieren. Eine Allianz aus US-Militärs und US-Industrie errichtet eine Art Protektorat, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Die Diskussion über eine irakische Nachkriegsordnung konzentriert sich im Gegensatz zu vielen offiziellen Erklärungen auf die Auftragsvergabe an Konzerne und Großunternehmen. Die UN sollen keine zentrale Rolle übernehmen. Notwendig ist aber vor allem eine umfassende humanitäre Hilfe und Unterstützung für das geschundene Volk.

Der Krieg hinterlässt gewaltige Zerstörungen und für die betroffenen Menschen unvorstellbares Leid und Hoffnungslosigkeit. Im „befreiten“ Afghanistan z.B. herrscht immer noch der militärische Ausnahmezustand. Von den angekündigten finanziellen Mitteln für den Wiederaufbau des Landes ist bislang wenig angekommen. Von ihren vollmundigen Versprechungen haben die USA nichts eingelöst. Das Gerede von Frieden und Freiheit ist nichts anderes als demagogische Propaganda.

In dieser neuen Epoche der Weltgeschichte setzt die militärisch mächtigste Nation die Ziele ihrer Regierung mit Waffengewalt durch. Menschenrechte und Völkerrecht finden dabei keine Beachtung. „Die Vereinigten Staaten haben die souveräne Autorität, Gewalt einzusetzen, um ihre eigene nationale Sicherheit zu garantieren.“ (George W. Bush). Wo wird der nächste Waffengang stattfinden? Prominente US-Politiker haben wiederholt Syrien und den Iran als mögliche nächste Ziele von Angriffen der USA genannt. Mit unerträglicher Arroganz missachtet Präsident Bush die Souveränität anderer Länder und versucht mit allen diplomatischen Tricks, mit Versprechungen, Pressionen und Drohungen Vorteile für seine Politik zu erzwingen. Die USA sind zur größten Gefahr für den Weltfrieden geworden.

Franz Kersjes (April 2003)